

## **Protokoll:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt an, dass der Kriminalpräventive Rat sehr gute Arbeit machen würde und dies für Koblenz ausreichend sei. Es sei sinnvoll, wenn zu diesem Thema drei Mal im Jahr im Haupt- und Finanzausschuss ein Bericht des Kriminalpräventiven Rates vorgelegt würde.

Herr Seuling (Behindertenbeauftragter) bemerkt, dass der Behindertenbeauftragte in einem Ausschuss mit beratender Stimme teilnehmen könne, im Kriminalpräventiven Rat sei dies nicht möglich.

Bürgermeisterin Mohrs merkt an, dass jeder an den Sitzungen des Rates teilnehmen und mitdiskutieren könne. Es würden dort allerdings keine Beschlüsse gefasst.

Die FW-Fraktion bekräftigt, dass der Kriminalpräventive Rat kein formales Beschlussgremium sei. Er ist der Auffassung, dass es für das Gefüge der Stadt gut sei, wenn man ein solches Gremium hätte, da es Angelegenheiten besprechen könne, die in der großen Runde des Kriminalpräventiven Rates nicht besprochen werden könnten. Die CDU-Fraktion schließt sich der Auffassung der FW-Fraktion an.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Koblenz von 2007 sei und weiterentwickelt werden müsse. Sie regt an, dass die Zuständigkeiten des Ausschusses um eine Ordnungspartnerschaft zwischen der Stadt Koblenz und der Polizei, Wochen- und Spezialmärkte sowie Angelegenheiten des ruhenden Verkehrs erweitert werden könne.

Die WGS-Fraktion erklärt, dass es in dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung auch um die Themen Märkte, Kirmes, Lärm in der Altstadt, Umzüge, Kommunalwahl und Plakate gehen sollte.

Bürgermeisterin Mohrs erklärt, dass der Bereich der Sicherheit und Ordnung eine staatliche Auftragsangelegenheit sei und deshalb sei keine Gestaltungsmöglichkeit eines solchen Ausschusses gegeben. Außerdem sei die Polizei lediglich im Kriminalpräventiven Rat vertreten, nicht im Ausschuss. Ohne die Polizei sei nicht an das Thema Sicherheit und Ordnung zu denken. Oberbürgermeister Langner ergänzt, dass bei vielen Themen ohnehin die Verwaltung die Entscheidungen treffen müsse. Der Stadtrat habe dort keine Kompetenzen und es wäre eine rein informative Veranstaltung. Die Gemeindeordnung des Landes Rheinland-Pfalz gebe nicht mehr Kompetenzen für einen solchen Ausschuss her.

Die FW-Fraktion bemerkt, dass auch die Hochschulangelegenheiten der Landeskompetenz obliegen würden und es trotzdem einen Ausschuss für Hochschulfragen geben würde.

Die Linke-Fraktion bittet darum, die Ergebnisse aus dem Ältestenrat nicht im öffentlichen Teil der Sitzung zu erwähnen.

Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt die Bildung eines Ausschusses für Sicherheit und Ordnung mit 10 Gegenstimmen ab.

Oberbürgermeister Langner bittet die Fraktionen, der Verwaltung bis zur Sitzung des Stadtrates die Namen für die noch offenstehenden Personalien in der Beschlussvorlage zu nennen.

Die Vorlage verbleibt ohne Beschlussempfehlung.